

Gemeinsame Erklärung „Besserer Schutz von Beschäftigten im öffentlichen Dienst vor Gewalt“

600.000 Menschen im öffentlichen Dienst sorgen in Baden-Württemberg für das Wohl unserer Gemeinschaft. Diese Frauen und Männer setzen sich täglich mit großem und persönlichem Engagement dafür ein, dass unser Alltag funktioniert: Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes helfen in Notfällen, sorgen für unsere Sicherheit, betreuen Kinder, pflegen Kranke, verbessern die Infrastruktur, schaffen den Rahmen und die Voraussetzungen für Arbeitsplätze und Wohlstand.

Leider verändert sich etwas im gesellschaftlichen Miteinander: Die Gesellschaft driftet auseinander, der Ton verroht, Aggressionen greifen um sich. Davon sind auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst betroffen. Sie sind immer häufiger verbalen und auch körperlichen Angriffen ausgesetzt. Menschen in allen Bereichen der Verwaltung werden vermehrt mit Beleidigungen, Drohungen oder gar tätlicher Gewalt konfrontiert. Dies gilt an ihren Arbeitsplätzen, genauso aber auch in den sozialen Medien.

Gegen diese besorgniserregende Entwicklung setzen das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg, der Städtetag Baden-Württemberg, der Gemeindetag Baden-Württemberg, der Landkreistag Baden-Württemberg, der Deutsche Gewerkschaftsbund Baden-Württemberg und der BBW Beamtenbund Tarifunion gemeinsam ein starkes Zeichen:

Wir nehmen Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nicht hin!

Die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten haben für uns höchste Priorität. Wir stehen gemeinsam – als Land, als kommunale Spitzenverbände und als Gewerkschaften – den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zur Seite und gehen mit aller Konsequenz gegen Gewalt vor. Ein Angriff auf jemanden, der für unsere Gesellschaft arbeitet, ist ein Angriff auf uns alle, auf das Fundament unserer Gemeinschaft und unserer demokratischen Werte.

Bei der zunehmenden Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes handelt es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem. Daher stehen wir alle in der Pflicht, gegen diese Gewalt vorzugehen. Wir als Arbeitgeber bzw. Dienstherrn und Arbeitnehmervertretungen werden vorangehen, unsere bisherigen Bemühungen zum Schutz der Beschäftigten im öffentlichen Dienst noch stärker bündeln und gemeinsam

intensivieren. Wir suchen nach Lösungen, um die Gesamtgesellschaft auf den Weg zu einer Kultur der Gewaltfreiheit mitzunehmen. Gleichzeitig passen wir unsere bisherigen Aktivitäten an die neuen Dimensionen der Gewalt an und bauen sie aus.

Dazu werden wir gemeinsam mit weiteren Akteuren eine interministerielle Arbeitsgruppe einrichten. Sie wird die Arbeit der Beteiligten zum Schutz der Beschäftigten koordinieren, die Expertisen und Sichtweisen bündeln und gemeinsam eine neue Landeskonzeption zum Umgang mit Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst erarbeiten.

Gemeinsam werden wir

- eine für alle Beteiligten einheitliche Definition von Gewalt gegen Beschäftigte erarbeiten, die in allen Teilen des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg Geltung finden soll,
- ein aussagekräftiges Lagebild erstellen, um Übergriffe sichtbar zu machen sowie Entwicklungen und Tendenzen verlässlich feststellen zu können,
- die Gesamtgesellschaft für das Problem sensibilisieren,
- bestehende wirkungsvolle Maßnahmen in den Bereichen Prävention, Intervention und Nachsorge zusammenführen und um neue Maßnahmen ergänzen,
- sowie darauf aufbauend eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung der Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Form einer Landeskonzeption entwickeln.

Wir sind uns unserer großen Verantwortung bewusst, die wir für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben. Diese Verantwortung nehmen wir gemeinsam wahr.



Thomas Strobl, Stellv.
Ministerpräsident und Innenminister
Baden-Württemberg



Joachim Lautensack, Stellv.
Vorsitzender BBW –
Beamtenbund Tarifunion



Maren Diebel-Ebers, Stellv.
Vorsitzende DGB Baden-
Württemberg



Steffen Jäger, Präsident des
Gemeindetags Baden-Württemberg



Joachim Walter, Präsident des
Landkreistags Baden-Württemberg



Dr. Peter Kurz, Präsident des
Städtetags Baden-Württemberg